



HESSISCHER LANDTAG

17. 11. 2015

Plenum

Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend rechtsfehlerhaftes Atom-Moratorium - sich widersprechende Aussagen von Ministerpräsident Bouffier und Bundeskanzlerin Merkel

Der Landtag wolle beschließen:

1. Im März 2011 wurde bei einem Gespräch im Kanzleramt das "Atom-Moratorium" zwischen Bundesregierung und Ministerpräsidenten vereinbart, dessen rechtsfehlerhafte Umsetzung in Hessen später gerichtlich festgestellt wurde. Eine rechtssichere Regelung über ein Bundesgesetz hätte dies vermeiden können.
2. Die Aussagen über die Vereinbarungen auf diesem Treffen seitens des Ministerpräsidenten Volker Bouffier (CDU) einerseits und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sowie Bundesminister a.D. Norbert Röttgen (CDU) andererseits unterscheiden sich eklatant. Der Hessische Landtag erwartet von allen verantwortlichen Politikern, dass sie sich an der Aufklärung dieses Vorgangs beteiligen.
3. Ungeachtet von der rechtlichen Verantwortlichkeit wird eine eventuelle Schadensersatzzahlung aus öffentlichen Mitteln und damit von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern bezahlt werden müssen.

Die vier großen Energiekonzerne und ihre Rechtsvorgänger haben mit den hoch subventionierten Atomkraftwerken jahrzehntelang Milliarden Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit gemacht. Vor diesem Hintergrund sowie angesichts ungelöster Fragen bei der Endlagerung und beim Rückbau der AKW wäre eine weitere Bereicherung der Konzerne auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler unangebracht und verheerend.

Wiesbaden, 17. November 2015

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler